Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 44. Abendblatt. Sonnabend, den 26. Januar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Den sämmtlichen Offizieren und Mannschaften, welche in Folge von Verwundungen und durch die erlittenen Strapazen des letzten Feldzuges in ihrem Gesundheitszustande zurückgekommen sind, wird, wie hiesige Blätter melden, im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers ein mehrmonatlicher Urlaub und aus Staatsmitteln ein erheblicher Geldzuschuß gewährt werden.

— Es ist schon mehrfach auf das unpatriotische Verfahren einer sogenannten „katholischen" Partei hingewiesen, welche das Bestreben erkennen läßt, die erweiterte Macht Preußens als eine Gefahr für die katholische Kirche darzustellen. Da ist es für uns doppelt erfreulich, daß am Sitze des Päpstlichen Stuhles in Rom der „Osservatore Romano" vom 8. d. M. den Anschauungen dieser „katholischen Partei" par excellence in sehr bestimmter Weise entgegentritt.

Das „Mémorial diplomatique" in Paris verfolgt bekanntlich den Zweck, überall Besorgnisse vor der wachsenden Macht Preußens hervorzurufen und die öffentliche Stimmung dadurch aufzuregen. Heute ist Preußen nach diesem Blatte eine Gefahr für die katholische Welt; morgen will Preußen nicht wieder zu Gunsten Italiens, seines gestrigen Bundesgenossen, sondern gegen Italien im Interesse des Papstthums auftreten. „Welche Stellung wird Preußen, wenn es erst das deutsche Reich sein wird, der römischen Angelegenheit gegenüber einehmen?" Diese Frage richtet das Mémorial an die Politiker Europas, und das genannte römische Blatt antwortet darauf in einem dem Anscheine nach offiziösen Artikel, daß Preußen, trotz der Verbindung mit Italien, doch ein Gegner der Revolution sei, und versichert, daß die Macht, welche Preußen bereits erlangt habe oder noch erlangen werde, der katholischen Welt nicht zur Besorgniß gereichen könne. (N. Pr. Z.)

Berlin, 25. Januar. (Abgeordnetenhaus) 57. Sitzung. (Schluß.) Abg. Reichensperger spricht sich gegen den Antrag der Kommission und gegen das Vinckesche Amendement aus. Soll von einem wirklichen Budgetrecht des Hauses die Rede sein, so müssen die Verhältnisse anders geregelt werden. — Abg. Dr. Virchow: Die Regierung möge in ihrem eigenen und in dem Interesse des Hauses ihre Ansicht klar legen. Redner geht auf die Stellung des norddeutschen Parlaments ein und empfiehlt den Kommissions-Antrag, der allen Anforderungen entspricht. — Abg. Twesten: Abhülfe muß geschafft werden, um dem konstitutionellen Recht zu entsprechen. Wir können uns damit auf das norddeutsche Parlament nicht vertrösten lassen, denn wir wissen noch nichts über seine Zusammensetzung. — Abg. v. Vincke (Hagen): Ueber den Grundsatz sind wohl Alle einig, daß das Etatsgesetz vor Beginn des Etatsjahres festgestellt sein soll; höchstens das jüngere Mitglied für Gardelegen wird denselben nachher vielleicht zu erschüttern suchen. (Heiterkeit.) Gegen den Antrag des Abgeordneten für Stettin aber muß ich an die Schwierigkeiten erinnern in Bezug auf die Bauten, die Rechnungslegung darüber und die Verwendung der dafür ausgeworfenen Summen. Ferner können wir nicht wissen, wie sich die Verhältnisse des norddeutschen Bundes gestalten werden, welche ich zu den unsrigen in dieser Frage für durchaus korrelat halte. In dem Kommissionsbericht finden sich Klagen über die Vorberathung im Hause und über die Haft derselben; es seien, wie man daraus ersehe, mindestens vier Monate zur Berathung nöthig. Beides bestreite ich. Hätte nicht die Budget-Kommission das menschliche Bedüfniß gehabt, ihre alten Ansichten immer wieder vorzubringen, hätten wir nicht so viel über das Polizei-Präsidium, über Eisenbahn-Coupés, über Köln-Mindener Eisenbahn debattirt, so wären wir viel zeitiger fertig geworden; in diesem Jahre aber haben wir vier Wochen gebraucht, also werden uns acht Wochen vollständig genügen. — Regier.-Kommissar Wollny: Zunächst habe ich das Bedauern des Herrn Finanzministers auszusprechen, welcher durch eine dringende Konferenz verhindert ist, der Verhandlung länger beizuwohnen, obwohl er dieselbe für sehr wichtig hält. Der Antrag des Abg. Michaelis will eine seit 50 Jahren bewährte Einrichtung ändern. In Bezug auf die verschiedenen Bedenken gegen denselben verweise ich auf den ausführlichen Kommissionsbericht. Bei der jetzigen Einrichtung können die Jahresabschlüsse im Winter gemacht werden, wo viele Geschäfte ganz ruhen oder deren weniger als im Sommer betrieben werden. Bei Verlegung des Etatsjahres auf den 1. Juli bis 30. Juni würden diese Abschlüsse in eine Jahreszeit fallen, wo alle Geschäfte in vollem Gange sind, wo die Bauunternehmer außer Stande wären, die Rechnungen aufzustellen, was sehr viele Uebertragungen und eine große Verminderung der Zuverlässigkeit zur Folge haben würde. Ebenso erfolgt die Veranlagung der direkten Steuern für das Kalenderjahr. Der Antragsteller legt Gewicht darauf, daß zur Berathung längere Zeit gestattet sein müsse. Ich lasse dahin gestellt, ob die erste oder zweite Hälfte des Jahres die geeignetere Zeit ist, aber es läßt sich noch gar nicht übersehen, wann der Reichstag tagen wird; dem können wir aber nicht vorgreifen. Diese Erwägung mag die Kommission zu ihrem Antrage geführt haben. Die Regierung kann jedoch auf diese Anträge nicht eingehen. Dieselben sollen die Wiederkehr der Verspätung des Budget-Gesetzes verhüten, und man findet den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu sehr geeignet; ich glaube das Gegentheil. Die Regierung befindet sich, wie aus dem Berichte hervorgeht, in voller Uebereinstimmung mit der Ansicht, daß durch die Thronrede die gesetzliche Nothwendigkeit der Vereinbarung des Budgets anerkannt und die Grundsätze des Ministerialerlasses vom Dezember 1850 verlassen sind. Sie hat den ernsten Willen, ihrerseits alles zu thun, um das rechtzeitige vorherige Zustandekommen zu ermöglichen und in diesem Jahre ist ihr und den Anstrengungen des Hauses dies gelungen. Derselbe Wille und dasselbe eigene Interesse, welches mit dem des Landes identisch ist, wird die Regierung auch ferner leiten, und gerade die diesjährigen Berathungen dürfen ihr wohl das Vertrauen erwerben. Erkennt man dies aber an, wozu dann ein „Excitatorium", wozu eine Verwahrung gegen ihr fremde Absichten? Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Regierung diese Anträge nicht empfehlen. An und für sich hält die Regierung die Zeit von 4 Monaten weder für zu kurz noch zu lang; aber eine so feste Bestimmung darüber würde ihr bei nur geringer Versäumniß eine schwere Verschuldung aufbürden. Sie kann daher nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß unter allen Umständen gerade 4 Monate die einzige Frist wären, namentlich da in Zukunft eine festere Gestaltung und Vereinfachung unseres Etats eine wesentliche Verkürzung dieser Zeit möglich machen wird. Welche Verwaltungszweige aber auf das norddeutsche Parlament übergehen werden, darüber vermag die Regierung noch keine Erklärung abzugeben. Aus allen diesen Gründen bitte ich, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. Freiherr v. Hoverbeck: Auf die Ueberraschung, daß die Regierung selbst einen Antrag des Herrn v. Vincke zurückweist war ich nicht gefaßt. Die Regierung erkennt ihre verfassungsmäßige Verpflichtungen, wenn man aber einen praktischen Vorschlag macht, oder auch nur sie auffordert, die Verpflichtung zu erfüllen, zieht sie sich zurück. Abg. v. Vincke monirt nun, daß vier Monate eine zu lange Zeit seien. Die Budgetkommission, die allerdings das große Unglück hat, sich des fortgesetzten Mißfallens des Abg. v. Vincke zu erfreuen und der frühere Minister v. Patow waren stets darüber einig, daß vier Monate der kürzeste Zeitraum sei. Der Herr Regierungs-Kommissar sagt, die Zeit wäre jetzt nicht opportun fü solche Bestimmungen; das kann bei einer Verfassungsfrage aber gar nicht in Betracht kommen. Die Einwendung mit dem norddeutschen Parlamente, welches man jetzt immer herbeizieht, wenn andere Einwendungen nicht bquem sind, kann ich nicht anerkennen. Es ist wird demselben gerade von Iteresse sein, zu wissen, wie das preußische Abgeordnetenhaus die Schwierigkeiten des Budgetrechtes sicher und gut zu lösen gedenkt. (Bravo.) — Vom Grafen Schwerin ist der An-Antrag eingegangen, in Erwartung, daß die Regierung das Budget rechtzeitig vorlegen werde, zur Tagesordnung überzugehen. — Derselbe wird ausreichend unterstützt. — Regierungs-Kommissar Wollny: Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß die Regierung einen schroffen Standpunkt eingenommen hat, dadurch, daß sie bestimmte Vorschläge als inopportun bezeichnet. Die Regierung würde dieselben annehmen, wenn sie Aussicht auf Erfolg hätten; das ist jetzt aber mit Rücksicht auf das norddeutsche Parlament nicht der Fall. Mit dem Antrage des Abg. v. Vincke ist die Regierung materiell einverstanden, sie verwahrt sich nur dagegen, daß eine besondere Aufforderung nöthig sei, nachdem sie grundsätzlich sich auf den Standpunkt des Abgeordnetenhauses gestellt hat. Mit der motivirten Tagesordnung sei die Regierung einverstanden. — Ein Schlußantrag wird abermals abgelehnt. — Abg. v. Gerlach (Gardelegen): Das jüngere Mitglied für Hagen (Heiterkeit) huldigt wohl nicht mit mir der Meinung, daß man seine Mütze immer auf den größten Haufen schmeißen muß. Aber das scheint das jüngere Mitglied für Hagen mit dem „jüngeren Mitgliede für Gardelegen" gemein zu haben, daß ihre Liebe zur Regierung manchmal eine verschmähte ist. (Heiterkeit.) Die Regierung erklärt, daß sie das Budget stets so zeitig als möglich einbringen wird; es ist also möglich, daß das in manchen Fällen nicht rechtzeitig geschehen kann. Was dann? Es läge nahe, von der Regierung eine Gesetzesvorlage zu erwarten, durch welche die Verfassung dahin deklarirt oder geändert würde, daß ein Budget so lange gilt, bis ein neues zu Stande kommt. (Bravo! links.) Die Regierung hat das nicht gethan und nicht einmal erklärt, daß sie event. beistimmen würde. Es ist aber bekanntlich kein großes Unglück, wenn der Etat nicht gesetzlich zu Stande kommt (große Heiterkeit); denn außer den Vortheilen des Budgetskonflikts, die ich neulich schon angeführt habe, schützt er das Land auch vor neuen Steuern! Die Kommission meint zwar, daß dann das Verfassungsleben krankt; aber, das werden ja die Herren Mediziner, die auf jener Seite sitzen, wissen — oft ist die Fortdauer gewisser Schäden der Gesundheit zuträglicher, als wenn man sie kurirt. (Große Heiterkeit.) Es kann auffallen, daß der Herr Finanzminister heute erklären läßt, daß die Regierung nicht mehr auf dem Standpunkte des Ministerialerlasses vom Dezember 1850 steht, welchen er selbst mit dem damaligen Abg. v. Bismarck-Schönhausen gegen den Abg. Simson vertheidigt und anerkannt hat. Ich halte an dieser Ansicht noch fest und hoffe dringend, daß auch die Regierung dazu zurückkehren wird. (Heiterkeit. Bravo links.) Ein Schlußantrag wird wiederum abgelehnt. Graf Schwerin: Ich theile den Standpunkt der Regierung. Wir können jetzt die Frist von vier Monaten nicht so kategorisch festsetzen. Ich hätte mich dem Antrage des Abg. v. Vinke angeschlossen, wenn sich die Regierung nicht auch gegen diesen ausgesprochen, weil sie darin ihrerseits einen Vorwurf findet, den sie nicht verdient zu haben glaubt und eine Anregung, zu welcher keine Veranlassung vorzuliegen scheint. Es sind die Versicherungen der Thronrede ausdrücklich wiederholt und anerkannt worden, daß die Regierung nicht mehr auf dem Standpunkt des Ministerialerlasses von 1850 steht. Damit ist die Lückentheorie beseitigt und das ist das, was mich in dieser Verhandlung vorzüglich gefreut hat. Deswegen liegt kein Anlaß vor, an den Erklärungen auch nur scheinbar zu zweifeln und bitte ich, meinem Antrage beizustimmen. — Die Diskussion ist geschlossen.

Der Antragsteller, Abg. Michaelis, vertheidigt seinen Antrag in mehr als halbstündiger Rede; der Berichterstatter, Abg. Bassenge, befürwortet den Vorschlag der Kommission, worauf bei der Abstimmung alle Anträge, auch der der Kommission, abgelehnt werden. — Vicepräsident Stavenhagen übernimmt den Vorsitz. — Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Finanz-Kommission über eine Petition wegen Steuer-Ueberbürdung. Der Antrag der Kommission geht dahin: „die Petition des Bäckermeister Pippart zu Lindenberg im niederbarnimschen Kreise der Staatsregierung zur gerichtlichen Untersuchung und Abhülfe zu überweisen." — Vom Abg. v. Bonin ist das Amendement eingegangen, statt der Worte „zur gerichtlichen" zu setzen: „zur wiederholten" Untersuchung. — Regiernngs-Kommissar Sentrup erklärt, daß die Staatsregierung auf die beantragte gerichtliche Untersuchung nicht eingehen könne; die Regierung in Potsdam aber beauftragt habe, nochmals durch ein geeignetes Mitglied des Regierungs-Kollegii die Beschwerde zu untersuchen. — Referent Abg. Berger (Solingen) rekapitulirt den Kommissionsbericht und legt den Sachverhalt klar dar. Hiernach beschwert sich der Bäckermeister Pippart darüber, daß er in einem Zeitraum von 5 Jahren von 12 Thlr. auf 50 Thlr. Gewerbe- und Klassen- resp. Einkommensteuer erhöht worden sei, obgleich nachweislich sein Geschäftsbetrieb sich in der Zwischenzeit nicht nur verringert, sondern er auch durch andere Verhältnisse, Krankheit ꝛc. in entschieden ungünstigere Vermögensverhältnisse gekommen sei. Als Grund dafür sei, wie durch Zeugen festgestellt werden könne, resp. worden sei, nichts Anderes anzunehmen, als daß er sich das Mißfallen des Schulzen resp. Kreissekretärs dadurch zugezogen habe, daß er liberal gewählt habe. Die Petition hat dem Hause schon mehrere Male vorgelegen und ist für begründet erachtet worden; die Antwort darauf war aber immer wieder eine neue Erhöhung in den Steuern. — Abg. Heise rügt zur Geschäfts-Ordnung, daß der Referent nichts Anderes vorgetragen habe, als was schon im Kommissions-Bericht stehe, und bittet den Präsidenten, im Interesse der Zeitersparniß, in Zukunft dies zu untersagen.. — Vicepräsident Stavenhagen erwiedert, daß er als Präsident hierzu nicht befugt gewesen sei. — Abg. Lasker weist den Wunsch des Abg. Heise als vollständig ungehörig, unbegründet und unberechtigt zurück. — Abg. v. Vincke (Hagen) assistirt dem Abg. Heise. Abg. v. Hennig erklärt, daß der Präsident geschäftsordnungsmäßig nur dann das Recht habe, die Debatte zu beschränken, wenn ein Redner von der Sache abschweife oder die Ordnung verletze. — Abg. Heise hält seine Ansicht aufrecht. — Referent Abg. Berger erklärt, daß Abg. Heise ihm durchaus nichts vorzuschreiben habe, wie er den Kommissionsantrag zu vertheidigen habe; es scheine aber, als ob die Herren auf der konservativen Seite die Wahrheit nicht hören wollten und nicht wünschten, daß solche gesetzwidrigen Ausschreitungen von Beamten zur Kenntniß des Volkes kämen. — Redner wird von der Rechten mehrfach durch Lärmen und verschiedenartige Rufe unterbrochen; der Vicepräsidrnt weist die rechte Seite des Hauses mehrere Male zur Ruhe und zur Ordnung. — Vicepräsident Stavenhagen erklärt nochmals, daß er nicht befugt sei, die Debatte in der von Abg. Heise gewünschten Weise zu beschränken. — Abg. Scharnweber spricht in sehr langer Rede gegen den Kommissionsantrag und sucht als Landrath des niederbarnimschen Kreises seinen Kreissekretär gegen die vorgebrachten Beschuldigungen zu vertheidigen. Der Bericht der Kommission sei ungründlich und parteiisch: der Petent sei vollkommen gemäß seiner Vermögensverhältnisse besteuert und habe keinen Grund zur Klage. — Während dieser Rede tritt vollständige Dunkelheit ein, der man durch Anzünden der Kronleuchter abzuhelfen sucht. — Vom Abg. Heise ist der Antrag eingegangen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. — Der Regierungs-Kommissar erklärt, daß seine Mittheilungen in der Kommission aus amtlichen Quellen geschöpft wären. — Es wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Schluß der Sitzung 4½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Tages-Ordnung: Erledigung der heutigen Tages-Ordnung.

Altona, 24. Januar. Unter Glockengeläute und Aufziehen großer preußischer Fahnen auf dem Rathhause und auf den Kirchthürmen erfolgte heute Mittag 12 Uhr die amtliche Verkündigung der Einverleibung unserer Lande in das Königreich Preußen in der Vordiele des Rathhauses, die zu dem Zwecke ringsum in den preußischen Farben geschmückt und mit einer schön ausgestatteten Estrade versehen war, auf welcher sich der preußische Adler in Gips zeigte. Es versammelten sich auf diesem Platze die Mitglieder der Stadt-Kollegien, die Geistlichen aller Bekenntnisse, auch der Rabbiner der deutsch-israelitischen Gemeinde, Lehrer der öffentlichen Schulen, mehrere Offiziere und auch viele Privatpersonen; von solchen waren auch die oberen Räume gefüllt. Der Bürgermeister und zeitweilige Oberpräsident der Stadt, v. Thaden, sprach zur festgesetzten Stunde von dem Auftritte der Estrade aus zu der Versammlung. Nach einigen einleitenden Worten, in denen er sich auf das ihm vom Oberpräsidenten der Herzogthümer für diese feierliche Handlung ertheilte Kommissorium bezog, verlas er das Besitzergreifungs-Patent und die an die Bewohner der Herzogthümer gerichtete Proklamation, welche zu derselben Zeit auch an die Mauern der Stadt und die Anschlagsäulen befestigt wurden. Das Besitzergreifungs-Patent bezieht sich einfach auf den Wiener und den Prager Frieden; in der Proklamation wird die in den Verhältnissen Deutschlands liegende Nothwendigkeit, die für dasselbe gewonnenen Herzogthümer mit einem großen und starken Staate zu vereinigen, hervorgehoben, und des Widerwillens erwähnt, mit welchem sie ihre frühere Verbindung mit dem außerdeutschen Staate getragen hätten, und der Festigkeit, welche ein Theil der Bewohner in dem Beharren bei einer nachher eingegangenen Verbindung gezeigt habe, als einer Stammeseigenthümlichkeit einige Anerkennung gezollt. Die Verheißungen sind ganz ähnlich den in den früheren Einverleibungs-Patenten ertheilten. Der Herr Bürgermeister fügte der Verlesung eine kurze Rede an, in welcher er auf die ruhmreichen Siege der preußischen Waffen als auf die nächste Veranlassung dieses abschließenden Staatsaktes wies und an den Umstand, daß gerade unser Land die Verhältnisse des alten Deutschlands zu beklagen gehabt habe, das Vertrauen knüpfte, daß nun das durch Preußen neu erstandene Deutschland von unserem Lande aus freudig gefördert werde. Aufwärts sollen wir den Blick richten und vorwärts, vorwärts auf die schöne Zukunft, die dem Lande im Anschluß an eine große, in der Blüthe ihrer Kraft stehende Monarchie und unter einem Fürsten, zu dem ganz Deutschland aufschaut, bevorstehe. Während nun der Redner diesem Fürsten, „dem Eroberer deutscher Herzen", in beredten Worten ein Hoch ausbrachte, ward draußen schon über dem Balkon des Hauses die den Adler tragende Fahne aufgezogen und von dem dort stehenden 11. Regiment mit Trommeln, klingendem Spiel und Gewehrpräsentiren, von der zahlreichen übrigen Menge mit einem Hoch begrüßt, so daß die Stimme des Redners übertönt ward. Hier schloß das dreimalige Lebehoch die Handlung. Das Militär zog dann mit Musik durch die Straßen der Palmeille, wo eine Parade stattfand; das Geläute der Glocken tönte noch bis 1 Uhr. Am Nachmittag war Festtafel im „holsteinischen Hause" am Rathhausmarkt und Abends wird sowohl das Rathhaus mit Transparents und Kandelabern, als auch manches Privathaus, das am Tage die preußische Flagge zeigte, erleuchtet sein. Im Theater wird heute vor der Aufführung der „weißen Dame" ein Festprolog gesprochen.

Rendsburg, 24. Januar. (Post.) Heute Mittag 12 Uhr fand hier der feierliche Akt der Publikation des Besitzergreifungs-Dekrets statt. Schon in früher Morgenstunde sah man viele Häuser mit preußischen Fahnen geschmückt. Um 12 Uhr stellte sich die hiesige Garnison auf dem Altstädter Markte auf und der Kommandant, General-Major v. Kaphengst, begab sich mit den nicht in der Front stehenden Offizieren und den Spitzen der Behörden auf das Rathhaus, woselbst die Proklamation Seitens des Stadtpräsidenten, Justizrath Wrieth geschah. Unter dem Geläute der Glocken wurde nunmehr die preußische Fahne aufgezogen, die mit präsentirtem Gewehr und dreimaligem Hurrahrufe freudig begrüßt wurde. 21 Kanonenschüsse donnerten weithin in das Eiderland. Ein Vorbeimarsch der Truppen schloß die militärische Feier. Um 3 Uhr versammelten sich, auf Anregung einer großen Anzahl Bürger Mitglieder aller Stände zu einem gemeinschaftlichen Diner in der „Stadt Hamburg", woran sich auch ein großer Theil des hiesigen Offizier-Korps betheiligt hat.

Kiel, 24. Januar. Die feierliche Besitzergreifung der Herzogthümer Schleswig-Holstein ist so eben im Namen Sr. Majestät des Königs durch den Herrn Ober Präsidenten, Baron v. Scheel-Plessen, in solenner und erhebender Weise vollzogen worden.

Nordhausen, 23. Januar. Auf den früher erwähnten Antrag der hiesigen Handelskammer, das das Staatspapiergeld und die Coupons der annektirten Länder bei den Königlichen Kassen der älteren preußischen Provinzen angenommen werden möchten, ist heute ein Bescheid des Finanzministers eingetroffen, wonach die anderweite Regelung der Verhältnisse des Papiergeldes und der verzinslichen Staatsschulden der neuen Provinzen in Aussicht steht und dabei auch der oben bezeichnete Antrag seine Erledigung finden wird. Dieser Bescheid ist offenbar als zustimmend zu verstehen.

Ausland.

Wien, 24. Januar. Gestern Mittag 1 Uhr hat der Kaiser die Adresse des ungarischen Landtags in Betreff des Rekrutirungs-Patents entgegengenommen; anwesend waren dabei der ungarische Hofkanzler v. Majlath und der Oberstkämmerer Fürst Vincenz Auersperg. Zunächst richtete der Vice-Präsident des Oberhauses, Graf Johann Cziraky, folgende Ansprache an den Kaiser:

„Eine ununterbrochene Reihe von Gesetzen, welche unter der glorreichen Regierung der Vorfahren Ew. Maj. zu Stande kamen, bezeugt jenen gesetzlichen Einfluß, welchen die Stände des Königreichs Ungarn rücksichtlich der Feststellung und zeitweisen Umgestal-

tung des Wehrsystems stets ausgeübt haben. Die am 28. Dezember v. J. mit der verpflichtenden Ausdehnung auf unser Vaterland erlassene und von deren Publikation an ins Leben zu treten bestimmte Allerhöchste Heeresergänzungs-Verordnung hat demnach den landtäglich berathenden Ständen und Vertretern inmitten ihrer legislativen Thätigkeit die Verpflichtung auferlegt, ihre verfassungsmäßigen Bedenken einstimmig zum Ausdruck zu bringen, in einer allerunterthänigsten Adresse zusammenzufassen und dieselbe Ew. Maj. hiermit in tiefster Ehrfurcht zu unterbreiten."

Hieran schloß sich eine kurze Anrede des Vicepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Grafen Andrassy. Der Kaiser erwiderte:

„Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß mein demnächst zu erlassendes K. Reskript die Bedenken, welche in der mir so eben überreichten allerunterthänigsten Adresse zum Ausdrucke gelangten, beheben wird. Versichern Sie Ihre Kommittenten auch bis dahin meiner Königlichen Huld, sowie dessen, daß ich mich bereit erkläre, die Wünsche des Landes zu erfüllen, sobald es durch wechselseitiges Vertrauen gelungen sein wird, die Schwierigkeiten der thatsächlichen Bildung des verantwortlichen ungarischen Ministeriums zu beseitigen."

Spanien. Nach Briefen aus Madrid vom 21. Januar hat das Kriegsgericht bereits sein Urtheil in der Angelegenheit Betreffs der geheimen Journale gefällt. Einer der Angeklagten wurde zum Tode verurtheilt und sofort erschossen.

Warschau, 21. Januar. Ein neuer Befehl aus St. Petersburg geht dahin, daß alle Beamten von der 6. Klasse hinauf schon jetzt nur Angehörige der griechisch-orthodoxen Kirche sein dürfen. (Die niedrigen Klassen nehmen die subalternsten Aemter ein.) Graf Berg hat hiergegen nach St. Petersburg Vorstellung gemacht und die Unmöglichkeit nachzuweisen gesucht, diesen Befehl so rasch auszuführen. In wie weit diese Vorstellung Annahme finden wird, werden wir uns bald überzeugen können.

Konstantinopel, 12. Januar. Vorgestern wurde ganz Pera und die übrigen Vorstädte der Residenz in Aufregung versetzt durch Plakate, die Morgens an den Straßenecken und Kirchthüren angeheftet waren und die dem Publikum ankündigten, die türkische Bevölkerung erhebe sich in Masse, um die Christen niederzumetzeln. Es war von Waffendepots die Rede, welche in gewissen muselmännischen Bezirken, namentlich im Kassim und in der Nähe des Sophientempels, sich befinden sollten, und die Christen wurden aufgefordert, ohne Zeitverlust sich zur Gegenwehr zu rüsten. Viele Leute nahmen die Sache ernst und in wenig Augenblicken waren die christlichen Stadttheile alarmirt. Die Polizei beruhigte jedoch die aufgeregten Gemüther bald, und schickte sich an, die Quelle der Alarmnachricht zu erforschen, wiewohl bisher ohne Erfolg. Auch Waffendepots sind unseres Wissens nicht an den bezeichneten Orten vorgefunden worden.

Pommern.

Stettin, 26. Januar. Nachdem Herr Professor Prutz in seinem letzten Vortrage die Früchte, welche der große Kurfürst aus dem westphälischen Frieden erlangt, geschildert, wies derselbe im gestrigen Vortrage zunächst nach, daß die politische Seite jenes Friedensschlusses von ungleich größerer Bedeutung als die religiöse gewesen, indem durch denselben den einzelnen Fürsten innerhalb der Grenzen ihres Landes die Territorialhoheit und damit nach innen und außen eine vollständig selbstständige Politik eingeräumt, wodurch der eigentliche Verband des deutschen Reiches aufgelöst sei. Am ersten und glücklichsten fand sich der Kurfürst Friedrich Wilhelm in die neue Lage, dessen Regierung ein Beispiel von der unverbrüchlichsten Ausdauer und Gewissenhaftigkeit liefert. Wenn seine Politik auch von einem gewissen Egoismus und Selbstsucht nicht freizusprechen war, so suchte er sein und seines Landes Wohl doch immer nur da, wo gleichzeitig Deutschlands Vortheil zu suchen war und er verdient deshalb auch mit Recht die Bezeichnung als Gründer der nationalen deutsch-preußischen Politik. Redner gab hiernächst einen Ueberblick, wie das Haus Habsburg absichtlich die Interessen des deutschen Reiches in dem Gefühle, daß die Krone keine Stütze mehr besitze, vernachlässigt und wie es nicht nur im westphälischen Frieden den Elsaß, sondern später auch noch anderweite Territorien abgetreten habe, um seine Händel mit Frankreich auszugleichen. Der Kurfürst von Brandenburg benutzte dagegen die erworbene Territorialhoheit äußerst geschickt; seine ersten Bemühungen nach Schwarzenberg's Entfernung waren darauf gerichtet, sich eine zuverlässige Militärmacht zu schaffen; er entließ bereits im Jahre 1641 die früher geworbenen 6000 Söldner, indem er die Hälfte derselben freiwillig an Oesterreich abtrat und dann ein neues Heer von 3000 Mann bildete, daß er nach und nach entsprechend vermehrte, so daß er Anfangs der 50er Jahre schon über ein gediegenes schlagfertiges Heer gebieten konnte. Um indessen das zur Herstellung und Unterhaltung des Heeres erforderliche Geld unabhängig von der Bewilligung der vielfach remitenten Stände zu beschaffen, führte er bereits 1641 die sog. Accise (eine Konsumtions- und Verbrauchssteuer) ein, welche Maßregel allerdings viel böses Blut erzeugte, was den Kurfürsten jedoch nicht abhielt, an derselben aus geschichtlicher Nothwendigkeit unerbittlich fest zu halten. Auf diese Weise bildete sich der Kurfürst also eine Armee, schuf sich Hilfsquellen und wurde wenigstens Herr im eigenen Lande. Ungefähr die ersten 16 Jahren seiner Herrschaft verflossen in friedlichen Reformen für das Land, seine äußere Macht und sein politischer Einfluß wurde dagegen später durch den schwedisch-polnischen Krieg (1655—1660) und den Krieg gegen Frankreich und Schweden (1672—1679) begründet. Aus ersterem Kriege ist besonders zu erwähnen, daß der Kurfürst durch den Vertrag zu Labiau (20. Novbr. 1656), nachdem Carl X. von Schweden der Lehnsherrschaft über das Herzogthum Preußen entsagt, von diesem als souveräner Herzog erklärt, daß ihm sodann in dem Vertrage zu Wehlau (1657), nachdem er zu einem Bündniß mit den Polen gegen Schweden gezwungen, von ersteren die Souveränetät über das Herzogthum Preußen, und endlich in dem Frieden zu Oliva (1660) nach Bekämpfung der Schweden von diesen der Wehlauer Vertrag bestätigt wurde, von wo ab also die volle Souveränetät Brandenburgs über Preußen datirt. Jetzt erst gehörte Preußen vollständig zu Deutschland. Wiederum verflossen zwölf Friedensjahre, die der Kurfürst zur Hebung des Wohlstandes seines Landes verwendete, als derselbe abermals zum Schwert greifen mußte. König Ludwig XIV. von Frankreich erklärte 1672 aus reiner Vergrößerungssucht an Holland, daß ihm ein Dorn im Auge war, den Krieg nnd fordrrte gleichzeitig den Kurfürsten auf, sich mit Frankreich gegen Holland zu verbünden, was dieser aber mit Entrüstung zurückwies. Er war der erste Fürst, der sich auf die Seite Hollands stellte. In Folge der Besetzung der Klevischen Länder durch den französischen Feldherrn Türenne wurde der Kurfürst indessen zum Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Frankreich gezwungen; (Vossem, 1673) im Jahre 1674, als derselbe mit einer Heeresmacht von 20,000 Mann nach dem Rhein und Elsaß zog, um sich mit Türenne zu messen, fielen die Schweden auf Anstiften Ludwigs XIV, von Pommern aus in die Mark ein, und plünderten in dem von Truppen vollständig entblößten Lande auf wirklich entsetzliche Weie, in Folge dessen die kurmärker Bauern auf eigene Hand gegen die Schweden zogen und so die märkische Ehre zu retten suchten. Als dem Kurfürsten die Kunde von den Räubereien der Schweden zuging, eilte er schnell seinem bedrängten Lande zu Hilfe und in der Schlacht bei Fehrbellin (Juni 1675) errangen die der Zahl nach bedeutend geringeren Brandenburger einen glänzenden Sieg über die Schweden. Alles jubelte über diesen Sieg, der Kurürst verfolgte die Schweden, eroberte nach und nach Wolgast, Anlam, Demmin, die Festung Stettin (nach 7monatlicher hartnäckiger Belagerung), die Festung Stralsund und hatte es endlich 1678 erreicht, daß kein Schwede sich mehr in Pommeen befand. Allein kurz nachher fand, wiederum auf Veranlassung Ludwigs XIV., ein Einfall der Schweden von Liefland aus in Ostpreußen statt, was 1679 zu einem Winterfeldzuge des Kurfursten, „der berühmten Schlittenfahrt", und dazu führte, daß die Schweden bei Tilsit abermals geschlagen wurden. Im Frieden von St. Germain geschah indessen das Unerhörte, daß der Kurfürst, von Frankreich, Schweden und Polen gleichzeitig bedroht und nur auf seine eige Macht angewiesen, sich entschließen mußte, die so rühmlich eroberten Landstriche wieder an Schweden herauszugeben. — Redner gedachte schließlich noch kurz der Ereignisse während der letzten Lebensjahre des am 29. April 1688 verstorbenen großen Kurfürsten. Die letzte große That desselben war, daß er sofort nach der im Jahre 1685 erfolgten Aufhebung des Edikts von Nantes den flüchtigen Reformirten aus Frankreich in seinen Staaten Aufnahme, Schutz und Unterstützung gewährte. Durch die Einwanderung wurde der verödete Staat mit etwa 30,000 betriebsamen und kunstfertigen Menschen bevölkert und Brandenburg hat derselben gewiß Vieles zu danken. Die sonstigen großen Verdienste des Kurfürsten um die Hebung des Staates in jeder Beziehung sind so bekannt, daß wir uns einer besonderen Erwähnung derselben füglich enthalten können.

— Das hiesige Wahlcomité der national-liberalen Partei hat eine Anfrage an Hrn. Redakteur Otto Michaelis wegen Annahme der Kandidatur für die Vertretung Stettins im norddeutschen Parlamente gerichtet und von demselben folgende Antwort erhalten:

„Die Zuschrift des Stettiner Wahlcomités der national-liberalen Partei vom 19. d. Mts. hat mir zur großen Genugthuung gereicht, da sie die Uebereinstimmung mit dem Grundgedanken meines Wirkens im preußischen Abgeordnetenhause ausspricht und derselben zugleich einen mir sehr werthvollen thatsächlichen Ausdruck giebt. Ihr Programm, welches „das Streben nach Versöhnuug der unabweislicheu Bedingungen für den Aufbau eines machtvollen Staates mit den Ansprüchen verfassungsmäßiger Freiheit" als Aufgabe hinstellt, ist genau das meinige. So wirr und wenig versprechend die umlaufenden Angaben über die Absichten der Regierung in Betreff des norddeutschen Buudesstaats auch lauten, so glaube ich der Thatsache vertrauen zu dürfen, daß die preußische Regierung gegen die Abneigung und den Widerstand des Partikularismus ihre wesentlichste Stütze in der Volksvertretung suchen muß. Diese thatsächliche Lage verbürgt nicht nur dem jetzt zu wählenden, sondern auch dem künftigen regelmäßigen Reichstage den legitimen Einfluß auf die Exekutive, welcher nöthig ist, nicht nur um gegenwärtig die Grundlagen verfassungsmäßigen Lebens im norddeutschen Bundesstaate im Wege der Vereinbarung zu legen, sondern auch, um auf demselben künftig das Verfassungsleben weiter auszubilden. Das jetzt zu wählende Parlameut hat mit gegebenen Thatsachen zu rechnen, es kann nicht alle Ziele oder gar Ideale auf einmal erreichen wollen. Aber eben so wie das Parlament, wird auch die preußische Regierung der Nothwendigkeit eingedenk sein müssen, ein den Bedürfnissen der Staatsmacht wie der Volksfreiheit entsprechendes Werk jetzt und zwar durch dieses Parlament zu schaffen. Dem oft pointirten Gegensatz zwischen Einheit und Freiheit, vermag ich keine Berechtigung zuzuerkennen. In der nationalen Einheit, zu welcher ja die Grundlage gelegt werden soll, sehe ich mächtigere Garantieen freiheitlicher Entwickelung, als sie irgend ein Partikularstaat unter den früheren Verhältnissen je zu erreichen vermochte. Als nothwendige Konsequenzen dieser Einheit sind schon allseitig anerkannt: die Freizügigkeit im ganzen Gebiete des Bundesstaats, der einheitliche Markt, die einheitliche Verkehrsgesetzgebung, und andererseits die gleiche Militairpflicht von wesentlich abgekürzter Gesammtdauer. Da die Ausübung des Wahlrechts die politische Freiheit zur nothwendigen Voraussetzung haben muß, wenn das Parlament der Centralgewalt die unentbehrliche Stütze bieten soll, so werden gemeinsame Garantieen für die politischen Freiheitsrechte die nothwendige Konsequenz der Einsetzung eines Parlaments bilden. In dem Mangel solcher Freiheitsrechte würde ja der Partikularismus, mit dem noch lange nicht definitiv abgerechnet ist, Waffen gegen die staatliche Einheit finden." So viel über die praktischen Aussichten des uns gemeinsamen Programms. — Die mir von Ihnen angetragene Kandidatur nehme ich an. Sie wissen bereits daß ich schon eine Kandidatur in dem Kreise Ueckermünde-Usedom-Wollin angenommen habe. Ich konnte auf dieselbe um so weniger verzichten, als mein früheres Verhältniß zu jenem Wahlbezirke die in ländlichen Kreisen sonst so schwere Einigung über eine Kandidatur wesentlich erleichtert und hierdurch der so schwierige Wahlkampf aussichtsvoller wird. Bei einer etwaigen Doppelwahl würde ich mir meinen Entschluß vorbehalten und ihn, wie Sie ja einverstanden sind, von Erwägung der in den konkurrirenden Wahlbezirken obwaltenden Verhältnisse abhängig machen müssen. Ich bedauere sehr, in Stettin mit dem mir persönlich befreundeten Herrn Konsul Müller konkurriren zu müssen, allein bei so schwer ins Gewicht fallenden politischen Fragen bleibt nichts übrig, als von persönlichen Neigungen abzusehen. Mit dem Vorschlage, in einer Versammlung der dortigen Wählerschaft aufzutreten, bin ich gern einverstanden."

— Die bereits erwähnte große Sendung von den Heidenreichschen Diebstählen herrührender Sachen ist, in zwei große Kisten verpackt, hier angekommen und in Asservation genommen. Wahrscheinlich wird in nächster Zeit auch hier ein Aufruf ergehen, diese Gegenstände in Augenschein zu nehmen. Es ist dies nur derjenige Theil der vorgefundenen Sachen, welcher muthmaßlich hier gestohlen wurde, da sich in Berlin kein Eigenthümer derselben hat ermitteln lassen. Der Prozeß wird übrigens der Familie Heidenreich in Berlin gemacht werden.

— Das hier bisher bestandene Comité zur Unterstützung der Familien einberufener Reservisten und Landwehrleute hat seine Thätigkeit nunmehr eingestellt, so daß fernere Unterstützungsgesuche also entschieden keine Berücksichtigung mehr finden können.

— Ein schon bestrafter Schuhmachergeselle stahl gestern früh aus der Wohnung, in der er in Schlafstelle lag, verschiedene Kleidungsstücke und ergriff alsdann die Flucht durchs Fenster. Sein weiterer Verbleib ist bisher nicht ermittelt.

— (Kriminalgerichtssitzung vom 25. Januar.) Der frühere Hausknecht Johann Carl Bartelt schlich sich in der Nacht zum 15. Januar c. in das Kinsky'sche Gasthaus hier und stahl aus der Kammer des dortigen Hausknechts diesem ein Portemonnaie mit Geld, eine Cylinderuhr und eine Cigarrenspitze. Er wurde noch innerhalb des Gebäudes ergriffen und ihm die Sachen abgenommen. B. wurde wegen dieses Diebstahls zu 3 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte verurtheilt. — Am 24. November v. J. passirte der Schneidergeselle August Wilhelm Krüger aus Grabow hier die Baumstraße. Der Althändler Baumgarten hatte an seiner Thür auf der Straße einen Ueberzieher ausgehängt. K. nahm den Rock, entfernte sich mit demselben, wurde aber alsbald ergriffen. Er wurde heute zu 1 Monat Gefängniß und 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte verurtheilt. — Der jetzige Arbeiter August Ludwig Miers von hier war bis zum Juni v. J. Altträger bei dem hiesigen Kornträger-Institut. Als solcher erhielt er aus der Kasse einen Vorschuß, aus welchem er die Kornträger bezahlen und auf diese Weise den Vorschuß verwalten mußte. Bei einer im Juni stattgehabten Revision dieses Vorschußbestandes war er nicht im Stande, denselben vorzulegen und räumte dem revidirenden Beamten ein, denselben in seinem Nutzen verbraucht zu haben. Außerdem hatte er in zwei der Kasse vorzulegenden Tageszetteln über geleistete Arbeiten der Träger mehr als wirklich verausgabt notirt. Er will hier irrthümlich eine falsche Eintragung gemacht haben und behauptete in Bezug auf den Vorschuß, daß er berechtigt gewesen sei, daraus auch sein Gehalt zu entnehmen, somit nichts veruntreut zu haben. Er wurde wegen Unterschlagung und Betrugs zu 6 Wochen Gefängniß und 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte verurtheilt.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 25. Januar. In ihrer gestrigen Sitzung genehmigte die Kammer der Abgeordneten nach fünfstündiger Debatte einstimmig den Friedensvertrag mit Preußen. Ferner wurde mit 24 gegen 21 Stimmen der Antrag des Abgeordneten Dumont angenommen, welcher dahin geht, den Beschluß über einen eventuellen Anschluß Hessen-Darmstadts an den norddeutschen Bund bis zur Veröffentlichung des dem norddeutschen Parlamente vorzulegenden Verfassungsentwurfs auszusetzen.

Pesth, 25. Januar. Der Bischof von Raab, Simor, ist zum Fürstprimas von Ungarn ernannt.

Bern, 22. Januar, Nachmittags. Die österreichische Regierung hat durch ihre hiesige Gesandtschaft dem Bundesrathe ihre Bereitwilligkeit ausdrücken lassen, zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Schweiz die Hand zu bieten.

Konstantinopel, 25. Januar. Die Regierungsblätter bestätigen die gänzliche Beendigung des kandischen Aufstandes. Zur Berichtigung der gestrigen Angabe wird gemeldet, daß sich nicht 1200, sondern nur 440 Freiwillige, nachdem sie die Waffen gestreckt, nach dem Pyräus eingeschifft haben. Server Effendi ist nach Kandien abgegangen, um die Verwaltung der Insel zu reorganisiren.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Karlsruhe, 26. Januar. Am 3. Februar tritt in Stuttgart die Konferenz der vier süddeutschen Staaten zusammen, behufs Feststellung der Grundlagen einer gleichartigen Wehrverfassung.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Januar. Witterung: trübe und regnigt. Temperatur + 4° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 80—86 Rt. bez., feiner 87 Rt. bez., poln. 76—82 Rt. bez., blauspitziger 72—74 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühj. 84—83 Rt. bez., Mai-Juni 84 Rt. Br., Juni-Juli 85 Br.

Roggen weichend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 54—$56\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar 54 Rt. Gd., Frühjahr 54, $53\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 54, $53\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd, $\frac{3}{4}$ Br., Juni-Juli $54\frac{1}{2}$, 54 Rt. bez. u. Gd., Juli-August $54\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. 49—50 Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr $50\frac{1}{4}$ Rt. Brief.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—$30\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 47—50pfd. $31\frac{1}{2}$ Rt. Br., 31 Gd.

Erbsen, Futter- 54—56 Rt. bez., Koch- 57—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- $57\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl matt, loco $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., Januar-Februar $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{5}{6}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß $16\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar u. Januar-Februar $16\frac{1}{8}$ Rt. Br., Frühjahr $16\frac{13}{24}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Mai-Juni $16\frac{11}{12}$ Rt. Br., $16\frac{5}{6}$ Rt. bez.

Landmarkt.

Weizen 80—86 Rt., Roggen 54—58 Rt., Gerste 46—50 Rt., Erbsen 54—60 Rt. per 25 Schffl., Hafer 25—30 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Hamburg, 25. Januar. Getreidemarkt durchgehends sehr ruhig. Weizen pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Gd. Roggen pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Oel loco $25\frac{1}{2}$, pr. Mai $26\frac{1}{4}$, pr. Oktober $26\frac{1}{2}$. Kaffee und Zink geschäftslos. — Thauwetter.